

„Sozial, solidarisch und der Zukunft zugewandt“

ANSTUß

DIE LINKE.
SAALFELD-RUDOLSTADT

Mitteilungen & Informationen aus dem Kreisverband – April 2009

Kommunalwahlen – 7. Juni 2009

In einer Gesamtmitgliederversammlung wurde am 21.03.2009 in der Landessportschule in Bad Blankenburg unser Wahlprogramm für die Kommunalwahl 2009 einstimmig angenommen beschlossen und unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Kreistag aufgestellt.

Schwerpunkte unseres Wahlprogramms sind:

- gerechtere kommunale Sozialpolitik
- konstruktive Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik
- Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung
- Chancengleichheit in der Bildung
- sichere Zukunft der Kinder und Jugendlichen
- Stabilität und Perspektive in der Kultur
- Förderung des Sports

Diesen politischen Inhalten stellen sich 22 Kandidatinnen und Kandidaten auf unserer offenen Liste der Linkspartei, unter ihnen vier Frauen und vier parteilose Bürgerinnen und Bürger. Die Liste wird angeführt von Andreas Grünschneder, Sabine Bähring, Klaus Biedermann und Bärbel Weihrauch.

Alle Kandidatinnen und Kandidaten, entsprechend der Reihenfolge auf dem Listenvorschlag, werden auf Seite 2 genannt. Dort werden auch alle uns bisher bekannten Kandidat(inn)en der LINKEN für die Kommunalwahl 2009 im Landkreis vorgestellt.

Landtagswahl – 30. August 2009

Im Anschluss daran trafen sich die Mitglieder der Landtagswahlkreise 28 und 29 zur Wahl der Direktkandidaten für den Thüringer Landtag 2009. Gewählt wurden Andreas Grünschneder im Wahlkreis 28 und Dr. Roland Hahnemann im Wahlkreis 29.

Bundestagswahl – 27. September 2009

Die Vertreter(innen)versammlung zur Nominierung des Direktkandidaten für den Bundestagswahlkreis 196 zur Wahl des 17. Deutschen Bundestages findet am Samstag, dem 18.04.2009, im Meininger Hof in Saalfeld statt. Zu dieser Versammlung sind unsere Vertreter(innen) Andreas Baßemir, Klaus Biedermann, Annerose Blayer, Lutz Eckelt, Doris Födisch, Heike Hentschel, Simona Just, Uta König, Simone Post, Hubertus Scholz, Bärbel Weihrauch und Ulrich Wichert eingeladen.

1. Mai Tag der Arbeit

Auch in diesem Jahr beteiligen wir uns als Kreisverband mit dem DGB an der Veranstaltung zum 1. Mai 2008 ab 13.00 Uhr im Saalfelder Schlosspark.



Zu dieser Veranstaltung wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises die Möglichkeit geben, mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahlen sowie der Landtags- und Bundestagswahl ins Gespräch zu kommen.

An unserem Informationstand besteht auch die Möglichkeit, die Unterschrift für das Volksbegehren für Familienpolitik zu leisten.

In bewährter Weise präsentieren wir uns mit einem Informationsstand sowie einem Buch- und Kuchenbasar.

Ostermarsch am 11. April 2009



Informationen zum Ostermarsch siehe Seite 4.

Aus dem Kreisvorstand

Liebe Genossinnen und Sympathisantinnen,

der Kreisvorstand gibt im Ergebnis der Gesamtmitgliederversammlung vom 21.03.2009 in Bad Blankenburg unsere Kandidat(inn)enliste für die Kreis-tagswahl bekannt. Gewählt wurden, in Reihenfolge der Listenplätze:

1. Andreas Grünschneder (Piesau),
2. Sabine Bährig (Saalfeld),
3. Klaus Biedermann (Rudolstadt),
4. Bärbel Weihrauch (Saalfeld),
5. Heike Bordes (Leutenberg),
6. Thomas Müller (Rudolstadt),
7. Franziska Kölbl (Rudolstadt),
8. Karsten Treffurth (Saalfeld),
9. Jürgen Reuß (Saalfeld),
10. Jörg-Peter Schilling (Meura),
11. Falk Weber (Rudolstadt),
12. Gerhard Keppler (Königsee),
13. Marcel Müller (Rudolstadt),
14. Lutz Eckelt (Bad Blankenburg),
15. Helmut Kulawik (Saalfeld),
16. Ulrich Wichert (Bad Blankenburg),
17. Andreas Baßemir (Unterwellenborn),
18. Norbert Schneider (Saalfeld),
19. Eckhard Schäfer (Saalfeld),
20. Götz Kölbl (Rudolstadt),
21. Steffen Post (Rudolstadt) und
22. Hubertus Grosser (Schwarzburg).

Im Anschluss an diese Veranstaltung wurden in getrennten Mitgliederversammlungen Andreas Grünschneder für den Landtagswahlkreis 28 und Dr. Roland Hahnemann für den Landtagswahlkreis 29 gewählt.

Der Kreisvorstand gratuliert allen gewählten Kandidat(inn)en und erwartet, dass sie sich mit ganzer Kraft in die bevorstehenden Wahlkämpfe einbringen. Das Kreiswahlprogramm, welches zur Diskussion stand, wurde mit einer Reihe von Hinweisen und Anträgen einstimmig angenommen. Die Endfassung des Wahlprogramms geht den Basisgruppen umgehend zu.

Am 06. April besucht unsere Europa-Abgeordnete, Gabriele Zimmer den Landkreis. Auf dem Programm stehen ein Besuch im Fröbelmuseum der Stadt Bad Blankenburg und eine Diskussionsrunde mit dem BRH im Parkrestaurant in Rudolstadt.

Am 19. Mai weilt Bodo Ramelow zur Unterstützung unseres Kommunal- und Europawahlkampfes im Landkreis. Genauere Informationen gibt es in der nächsten Ausgabe unseres Anstoß im Mai.

Die nächsten öffentlichen Beratungen des Kreisvorstandes finden am 07.04.2009 und 27.04.2009 um 19:00 Uhr in Saalfeld (Wahlkreisbüro) statt.

Klaus Biedermann – Helga Müller – Hubertus Scholz

Termine der Wahlvorbereitung und des Wahljahres 2009

18.04.2009 Saalfeld – Meininger Hof
Vertreter(innen)versammlung zur Nominierung des Direktkandidaten für den Bundestagswahlkreis 196 zur Wahl des 17. Deutschen Bundestages

25.04.2009

Landesvertreter(innen)versammlung in Arnstadt zur Wahl der Landesliste der LINKEN. Thüringen zur Wahl des 17. Deutschen Bundestages

07.06.2009

- Wahlen zum Europäischen Parlament
- Kommunalwahlen in Thüringen
(Wahl der Gemeinde- und Stadträte und Kreistage)

30.08.2009

Wahlen zum 5. Thüringer Landtag

27.09.2009

Wahlen zum 17. Deutschen Bundestag

Feststehende „Eck“-Termine für die gesetzliche Wahlvorbereitung

- In den Städten und Gemeinden, mit oder ohne Basisgruppen der LINKEN, sind die Kandidatenlisten (DIE LINKE. offene Liste) bis zum **31.03.2009** abzuschließen, d.h. in entsprechenden Mitgliederversammlungen zu beschließen. Gleiches gilt auch für die Kandidatenliste des neu zu wählenden Kreistages.
- Vom **01.04. bis zum 10.04.2009** sind die erstellten Kandidatenlisten auf die vorgegebenen Formblätter auf der Grundlage der Wahlordnung zu übertragen und durch die Beauftragten in der Zeit vom **10.04. bis 24.04.2009** (33 Tage vor der Wahl) an die Stadt- und Gemeindevahlbüros bzw. an das Kreiswahlbüro zu übergeben.

Kandidat(inn)enlisten für die Kommunalwahl

Bisher sind uns folgende Listen der LINKEN für die Stadt- und Gemeinderatswahlen bekannt:

Stadtratswahl in Saalfeld:

Bärbel Weihrauch, Helmut Kulawik, André Langen, Gerhard Franz, Viola Rümpler, Reinhard Bährig, Norbert Schneider, Andreas Langen, Helga Musiol, Anita Krauß, Karsten Treffurth, Eckhard Schäfer, Jürgen Reuß, Simona Just und Annerose Blayer.

Stadtratswahl in Rudolstadt:

Hubert Krawczyk, Simone Post, Götz Kölbl, Hannelies Schrodetzki, Uwe Hoffmann, Andreas Will, Matthias Jahn, Ulrich Achard, Falk Weber, Hans-Joachim Schumann, Steffen Post und Gunter Linke

Stadtratswahl in Bad Blankenburg:

Frank Persike, Heike Hentschel, Ulrich Wichert, Sybille Janca, Sandy Kießling, Mike George, Helmut Karsunke, Gerhard Obstfelder, Mirko Klemke, Lutz Eckelt, Holger Bätz und Thomas Heise

Landesparteitag und Vertreter(innen)versammlung in Arnstadt

In der Zeit vom 27. bis 29. März 2009 fanden in Arnstadt die 3. Tagung des 1. Landesparteitages und die Vertreter(innen)versammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Landtagswahl statt.

Die Delegierten des Landesparteitages beschlossen am Freitag, dem 27. März, einstimmig das Regierungsprogramm.

In seinem Referat betonte der Landesvorsitzende Knut Korschewsky, dass wir einen Aufbruch, eine neue Politik, brauchen. „Wir wollen mit fünf zentralen Leitprojekten den generellen Politikwechsel in Thüringen einleiten. Wir wollen einen Wandel zu:

1. mehr sozialer Gerechtigkeit
2. gleichen Bildungschancen und kultureller Teilhabe für alle
3. menschenwürdigen und existenzsichernden Arbeitsplätzen für Frauen und Männer
4. einer Energieoffensive, verbunden mit ökologischer Ausrichtung der Wirtschaft sowie
5. mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung.

„Mit diesem Regierungsprogramm wird der generelle Politikwechsel in Thüringen eingeleitet“, erklärte der Landesvorsitzende.

Ziel der LINKEN sei es, dass es nach der Landtagswahl statt der bisher 28 Abgeordneten „30 Plus XXL“ sein sollen. Die bisherigen Ergebnisse bei den Landtagswahlen in anderen Bundesländern, besonders das Wahlergebnis in Hessen, zeigen, dass linke Politik nicht nur gewollt sei, sondern sich auf dem Vormarsch befände.

„In Thüringen sei das Zusammenwachsen unserer Partei erfolgreich gelungen“, so der Landesvorsitzende in seinem Referat. „Das werde allein daran deutlich, dass alle innerparteilichen Diskussionen – natürlich mit großem Engagement geführt – immer mit dem sichtbaren Bemühen um einen gemeinsamen Konsens zu Ende geführt wurden. Auch das ist ein sehr gutes Zeichen für die gefestigte Bindung in unserer Partei. Wir sind eine Partei, die immer besser den Spagat von Gestaltung und Opposition schafft. Und wir sind eine Partei, die Mitglieder hinzugewinnt. Mehr als 300 neue Mitglieder im letzten Jahr belegen das.“

Spitzenkandidat Bodo Ramelow feuerte in seiner Rede die Delegierten mit dem Motto „Thüringen kann besser und muss besser – lasst es uns beginnen!“ an. Die Wähler müssen wissen, dass es eine Alternative zur bisherigen Politik der allein regierenden CDU in Thüringen gibt und die Möglichkeit bestehe, die CDU in die Opposition zu schieben. Bodo Ramelow versprach, dass eine reformorientierte Landesregierung als erstes ein Gesetz für mehr direkte Demokratie einbringen werde. Gleichzeitig sprach er allen denen, die am Regierungsprogramm mitgearbeitet haben seine dank aus. „Darin stecke monatelange Arbeit“, so der Spitzenkandidat.

Die Landesliste stellten die Delegierten der Vertreter(innen)versammlung in einem lang andauernden Wahlprozedere, die ersten 40 Listenplätze wurden in einzelnen Wahlgängen gewählt, auf:

1. Bodo Ramelow (Erfurt) – 94,9%
2. Dr. Birgit Klaubert (Altenburger Land) – 88%
3. Ina Leukefeld (Suhl) – 88,2%
4. Knut Korschewsky (Erfurt) – 60,5%
5. Michael Sojka (Altenburger Land) – 89%
6. Dieter Hausold (Gera) – 79%
7. Birgit Keller (Nordhausen) – 72%
8. Matthias Bärwolff (Erfurt) – 80,4%
9. Margit Jung (Gera) – 81,5%
10. Mike Huster (Gera) – 79%
11. Katharina König (Jena) – 82,6%
12. Jörg Kubitzki (Unstrut-Hainich-Kreis) – 62,2%
13. Sabine Berninger (Ilmkreis) – 61,3%
14. André Blechschmidt (Erfurt) – 79,7%
15. Dr. Karin Kaschuba (Jena) – 70,3%
16. Tilo Kummer (Hildburghausen) – 76,3%
17. Susanne Henning (Erfurt) – 77,1%
18. Ralf Haubold (Sömmerda) – 66,1%
19. Martina Renner (Ilmkreis) – 50,8%
20. Frank Kuschel (Ilmkreis) – 89,8%
21. Diana Skibbe (Greiz) – 54,3%
22. Benno Lemke (Erfurt) – 52,1%
23. Katja Wolf (Wartburgkreis-Eisenach) – 53,3%
24. Michael Gerstenberger (Gera) – 54,4%
25. Dr. Johanna Scheringer-Wright (Eichsfeld) – 49,6%
26. Ralf Kalich (Saale-Orla-Kreis) – 54,2%
27. Karola Stange (Erfurt) – 53%
28. Maik Notnagel (Schmalkalden/Meiningen) – 66,7%
29. Heidrun Sedlacik (Greiz) – 50%
30. Dirk Möller (Apolda/Weimar) – 63,6%
31. Petra Enders (Ilmkreis) – 68%
32. Sascha Bilay (Wartburgkreis-Eisenach) – 56,4%
33. Ute Lukasch (Altenburger Land) – 57,3%
34. Steffen Kachel (Erfurt)
35. Rosel Neuhäuser (Wartburgkreis-Eisenach)
36. Wolfgang May (Hildburghausen) – 70,3%
37. Monika Döllstedt (Gotha) – 50,9%
38. Torsten Blümel (Kyffhäuserkreis)
39. Sigrid Rößner (Kyffhäuserkreis) – 53,2%
40. Norbert Mros

Unser Direktkandidat Dr. Roland Hahnemann steht auf dem Listenplatz 49. Andreas Grünschneder hat seine Kandidatur für die Landesliste, auf der es 61 Kandidat(inn)en gibt, zurückgezogen.

Saalfelder Linksfraktion gegen Wasserkraftwerk am Göritzwehr

Die Fraktion „DIE LINKE“ im Saalfelder Stadtrat lehnte in der letzten Stadtratssitzung geschlossen den Antrag auf Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens zur Errichtung eines Wasserkraftwerkes an der Saale ab.

Bei der Entscheidungsfindung machte es sich die achtköpfige Gruppe nicht einfach. Grundsätzlich befürworten die Linken Vorhaben zur ökologischen Erzeugung von Strom. Gerade Wasserkraft sollte dabei eine noch wichtigere Rolle spielen, sind doch die Beeinträchtigungen für die Umwelt, die durch ein Wasserkraftwerk entstehen, deutlich geringer als beispielsweise durch Windkraftanlagen.

Deshalb lehnt die Linksfraktion im Saalfelder Stadtrat auch nicht grundsätzlich Vorhaben zur Erzeugung von Energie aus der fließenden Saale ab. Die Entscheidung gegen das Vorhaben ergibt sich ausschließlich aus dem Standort. Zwar sind Wasserkraftwerke nach § 35 Absatz 1 Nr. 6 Baugesetzbuch als privilegierte Maßnahmen im Außenbereich zulässig, allerdings nur wenn die ausreichende Erschließung gesichert ist und keine öffentlichen Belange entgegenstehen.

Genau dieses öffentliche Interesse an der unveränderten Erhaltung des Biotops am Göritzwehr sieht die Linke durch die Errichtung des Wasserkraftwerkes gefährdet. Man kann nicht durch ein ökologisches Vorhaben gleichzeitig Umwelt zerstören.

André Langen (stellv. Fraktionsvorsitzender)

Frauentag mit Uschi Amberger

Diese Ankündigung zog am 7. März 2009 ca. 70 Frauen und einige Männer in den Meininger Hof in Saalfeld – und es lohnte sich.

Uschi Amberger bot wiederum ein schönes Programm mit vielen neuen Melodien und wunderschönen Texten von Toni Steidl, Rezitationen aus Werken von Jochen Petersdorf und vor allem oft sehr nachdenklichen Zwischentexten von Uschi selbst.

Obwohl die Künstlerin gesundheitlich angeschlagen war und Toni Steidl an einer fiebrigen Erkältung laborierte, ließen sich beide kaum etwas anmerken und fanden in uns ein dankbares Publikum.

Dem Stadtvorstand der LINKEN Saalfelds wieder ein Dankeschön für den gelungenen Nachmittag.

Helga Müller (Basisgruppe Saalfeld-West)

Thüringer Ostermarsch 2009

Über Einsätze der Bundeswehr und steigende Rüstungsausgaben wird nicht nur in Berlin entschieden, sondern auch direkt vor unserer Haustür. So ist der Truppenübungsplatz in Ohrdruf, der seit 1993 im Besitz der Bundeswehr ist, für die Kriegsstrategen im Verteidigungsministerium von unerlässlicher Bedeutung.

Zwischen 9.000 und 12.000 Soldatinnen und Soldaten werden hier jedes Jahr auf einen Auslandseinsatz vorbereitet. Gemäß dem beschlossenen Nutzungskonzept der Bundeswehr soll er mit neuen Übungsanlagen weiter ausgebaut werden, um der „Einsatzrealität in Afghanistan“ besser zu entsprechen.

Bereits zweimal hat das berüchtigte „Kommando Spezialkräfte“ (KSK) der Bundeswehr, das immer wieder in Foltterwürfe verstrickt ist und eng mit den Geheimdiensten kooperiert, in Ohrdruf trainiert. Auf diese Weise trägt der Truppenübungsplatz in Ohrdruf dazu bei, dass immer mehr Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätze geschickt werden und die Rüstungsausgaben steigen. Die Aktivitäten auf dem Truppenübungsplatz unterstützen zudem die immer aggressivere Bündnispolitik der Bundesrepublik in der NATO und sind auch für den Militarisierungskurs in der Europäischen Union von unerlässlicher Bedeutung.

Wer eine friedliche Entwicklung will, muss deshalb dafür eintreten, dass der Truppenübungsplatz in Ohrdruf nicht länger im Besitz der Bundeswehr bleibt. Anstatt in Ohrdruf auf Kriegseinsätze, auf Töten und getötet werden, vorzubereiten, muss eine zivile Nutzung des Platzes gefordert werden.

Kommt alle am Ostersonntag nach Ohrdruf, um gemeinsam ein Zeichen gegen Krieg und Militarisierung zu setzen und die Umwandlung des Truppenübungsplatzes in Ohrdruf in zivile Nutzung zu fordern!

Kein Truppenübungsplatz in Ohrdruf.

Nein zu Krieg & Militarisierung. Frieden weltweit.

11:00 Uhr Auftakt am Bahnhof Ohrdruf

Anschließend Demonstration mit Zwischenkundgebungen zum Truppenübungsplatz

13:00 Uhr Abschlusskundgebung am Truppenübungsplatz

Weitere Informationen unter Telefon 03621-737535 oder www.ostermarsch-in-ohrdruf.de

Quelle: Flugblatt der Veranstalter

Quo vadis, Thüringen

Nachdenken über Dieter Althaus (OTZ vom 21.03.2009)

Über Dieter Althaus kann man denken, was man will. Zwei Dinge aber sind festzuhalten:

Erstens: Unfälle geschehen nicht – Unfälle werden verursacht.

Zweitens: Im Text von Herrn Rathenow ist immer von nur **einer** Skipiste die Rede. Tatsache ist jedoch, dass Herr Althaus auf eine zweite Piste auffuhr – und das regelwidrig.

Jürgen Reuß (Saalfeld)

Neues Volksbegehren „Für bessere Familienpolitik“ startet am 1. Mai

Ein Jahr des zähen Ringens hinter den Kulissen der Thüringer Landespolitik geht mit der Botschaft zu Ende, dass am 1. Mai 2009 ein neues Volksbegehren starten wird.

Dem Trägerkreis des Volksbegehrens und seinen Mitgliedsorganisationen war es zwar gelungen, das Thema „frühkindliche Bildung“ in der öffentlichen Diskussion zu halten, deren sich die CDU-Landtagsfraktion nicht entziehen konnte. So machte sich Ministerpräsident Althaus bereits im Januar 2008 zwei der Forderungen des Volksbegehrens zu eigen, um den öffentlichen Druck zu reduzieren:

- Rechtsanspruch auf eine Kindertagesstättenplatz ab dem ersten Geburtstag
- Gebührenfreies letztes Kindertagesstättenjahr (das wir laut Verfassungsgericht mit einem Volksbegehren nicht durchsetzen dürfen)

Bei anderen zentralen Forderungen zeigt sich die Regierungspartei jedoch bis heute hartleibig: Sie ist bislang nicht bereit, die notwendigen 2.000 Vollzeitstellen zu schaffen und auf weitere Kernforderungen des Volksbegehrens einzugehen (z.B. Integration in allen Kindertagesstätten soweit möglich, Landeselternvertretung im Kindertagesstättenbereich).

Warum ein Volksbegehren? Was war bisher passiert?

Im Jahr 2004 leitete der neu gewählte Thüringer Ministerpräsident eine radikale Wende in der Familien- und Bildungspolitik ein:

- die bisher im Deutschlandvergleich vorbildliche Familienförderung war ihm zu teuer, also setzte er Sparprogramme durch;
- die Tatsache, dass viele Frauen arbeiten gehen, statt sich als Vollzeitmütter ihren Kindern zu widmen, waren dem konservativen Politiker ein Dorn im Auge. Also entwarf er halbherzige Fördermaßnahmen zugunsten von Müttern, die ihre Kinder im Alter von 2 Jahren nicht in die Kita geben. Sie erhalten seither Landeserziehungsgeld in Höhe von monatlich 150 Euro, das aus dem bisherigen Haushaltsposten für Kindertagesstätten abgezweigt wird.

Fachleute hatten von Anfang an eindringlich davor gewarnt, die bewährten Betreuungsstrukturen in Thüringen kaputt zu sparen. Doch die Landesregierung hat alle Sachargumente ignoriert und ihr Sparprogramm im Dezember 2005 durch den Landtag gepeitscht; dort kann sie auf eine absolute Stimmenmehrheit bauen.

Die Folgen: Die Kindertagesstätten haben seither mit erheblichen Personalengpässen zu kämpfen. Der Personalabbau betrug zwischen 2005 und 2007 etwa 600 Vollzeitstellen, obwohl die Zahl der Kinder, die eine Kindertagesstätte besuchen, kontinuierlich zunimmt.

Inzwischen belegen auch unabhängige Studien, dass in den Thüringer Kindertagesstätten mindestens 2.000 Vollzeitstellen für Fachkräfte fehlen

Das Volksbegehren will den Rückbau der bewährten Bildungs- und Betreuungsstrukturen in Thüringen rückgängig machen und damit auch bundesweit ein Signal für eine moderne Familienpolitik setzen.

Aktiv mitmachen und Unterschriften sammeln.

**Kontakt: volksbeg@web.de
www.bessere-familienpolitik.de**

Ab 1. Mai unterschreiben! Zur Maifeier im Saalfelder Schlosspark wird es die Unterschriftsbögen und weiteres Informationsmaterial geben.

Als Kontaktpersonen im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt stehen als Regionalverantwortliche Norbert Schneider für Saalfeld und Janine Pfothenhauer für Rudolstadt traegerkreis-rudolstadt@web.de als Ansprechpartner bereit.

Norbert Schneider (Saalfeld)

5.000 Unterschriften für Antragsverfahren

Zunächst müssen die Organisatoren einen Gesetzentwurf erarbeiten; unser aktueller Gesetzentwurf ist fertig und wird derzeit mit Fachleuten abgestimmt.

Anschließend müssen wir in einem vorher festgelegten Zeitraum von sechs Wochen mindestens 5.000 wahlberechtigte Thüringerinnen und Thüringer finden, die diesen Gesetzestext unterschreiben. Diese Phase der Unterschriftensammlung wird am 1. Mai 2009 beginnen.

Der Gesetzentwurf muss der Landtagspräsidentin zusammen mit den 5.000 Unterschriften und einem Antrag zur Durchführung eines Volksbegehrens vorgelegt werden. Dies wird voraussichtlich Ende Juni 2009 geschehen.

Wir gehen davon aus, dass unser Antrag auf ein Volksbegehren von der Landtagspräsidentin nicht beanstandet wird (da wir sehr darauf achten werden, dass keine formalen Mängel vorliegen). Die Regierung und der Landtag haben dann die Gelegenheit, gegen unser Gesetz vor dem Verfassungsgericht zu klagen. An dieser Stelle waren wir schon einmal angekommen und sind im Dezember 2007 vom Verfassungsgericht mit knapper Mehrheit (5:4 der Richterstimmen) gestoppt worden, weil wir zusätzlich die Elterngebühren begrenzen wollten und damit nach Auffassung des Gerichtes unsere Kompetenzen überschritten haben.

Quelle: www.bessere-familienpolitik.de

Vormerken im Terminkalender

- 05.04.2009 13:30 Uhr Weimar – KZ-Gedenkstätte Gedenkveranstaltung des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora zum 64. Jahrestag der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald
- 06.04.2009 Gabriele Zimmer – Abgeordnete des Europäischen Parlament zu Besuch im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt (s. S. 2)
- 07.04.2009 19:00 Uhr – Geschäftsstelle Saalfeld Öffentliche Beratung des Kreisvorstandes ACHTUNG: Das ist ein Dienstag!!!**
- 08.04.2009 18:00 Uhr Geschäftsstelle Saalfeld Beratung der Stadtratsfraktion Saalfeld
- 11.04.2009 11:00 Uhr Bahnhof Ohrdruf Thüringer Ostermarsch zum Truppenübungsplatz in Ohrdruf (siehe Seite 4)
- 13.04.2009 14:00 Uhr KZ-Gedenkstätte Laura Kranzniederlegung aus Anlass der Befreiung und Evakuierung des Lagers (anschließend geführte Wanderung)
- 14.04.2009 14:00 Uhr Saalfeld – Seniorentreff Gaststätte „Pappenheimer“
- 14.04.2009 18:00 Uhr – Geschäftsstelle Saalfeld Beratung der Kreistagsfraktion
- 15.04.2009 17:30 Uhr Geschäftsstelle Saalfeld Beratung des Stadtvorstandes Saalfeld
- 20.04.2009 19:00 Uhr Rudolstadt in der Gaststätte „Zum Brummochsen“ politischer Stammtisch und Beratung des Ortsvorstandes
- 21.04.2009 Seniorenwanderung Näheres über die Geschäftsstelle Saalfeld oder Gen. O. Müller (Tel.: 0 36 71 – 26 20)
- 21.04.2009 17:00 Uhr Sitzung des Kreistages Tagungsort siehe Tagespresse
- 27.04.2009 19:00 Uhr – Geschäftsstelle Saalfeld Öffentliche Beratung des Kreisvorstandes**
- 01.05.2009 ab 13:00 Uhr im Saalfelder Schlosspark Maifeier des DGB mit Teilnahme des Kreisverbandes DIE LINKE (siehe S. 1)
- 19.05.2009 Bodo Ramelow bei uns im Landkreis zur Unterstützung des Europa- und Kommunalwahlkampfes (detaillierte Informationen im nächsten Anstoß)
- jeden Montag** 14:30 Uhr im Treff der Volkssolidarität in Bad Blankenburg (Siedlung) öffentliche Gesprächsrunde zu aktuellen Themen und sonst interessierenden Fragen



Am 1. Mai 2009 startet die Antragsammlung für ein neues „Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik in Thüringen“.

Bis zum 11. Juni 2009 sind dafür zunächst 5.000 Unterschriften zu sammeln, damit das eigentliche Volksbegehren ermöglicht wird.

Detaillierte Informationen siehe Seite 5.

Einladung

Die nächste Mitgliederversammlung
der Basisorganisation

.....
ist am um Uhr

im

Thema:

Anmerkung der Redaktion:

Namentlich unterzeichnete Beiträge stellen persönliche Meinungen des Autors dar und sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen.

Die Ausgabe unseres „Anstoß“ 2009-05 erscheint am **04.05.2009**.

Zuarbeiten für Beiträge, Wortmeldungen und Termine die im Anstoß veröffentlicht werden sollen, bitte bis spätestens **24.04.2009** in den Geschäftsstellen abgeben oder an die Redaktion per Mail senden:

rgeschaeftsstelle@die-linke-saalfeld-rudolstadt.de

Die neue Ausgabe des „Anstoß“ kann aus drucktechnischen Gründen am Tag der Herausgabe frühestens ab **11:30 Uhr** in der Geschäftsstelle abgeholt werden.

Adressen:

DIE LINKE. Kreisverband Saalfeld – Rudolstadt

Geschäftsstelle Rudolstadt
Erich-Correns-Ring 37
07407 Rudolstadt
Tel./Fax: 03672 / 345920

Geschäftszeiten:
Di: 9.30-12.00 + 13:00–15:30 Uhr
Mi: 13:00–15:30 Uhr

Internet-Adresse: www.die-linke-saalfeld-rudolstadt.de - E-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-saalfeld-rudolstadt.de

Bankverbindung: Kreissparkasse Saalfeld-Rudolstadt - BLZ: 830 503 03 - Konto-Nummer: 450 022

Druck: Selbstverlag

Preis: Spende

Wahlkreisbüro MdL Dr. Roland Hahnemann

Am Blankenburger Tor 1a
07318 Saalfeld
Tel./Fax: 03671 / 516465
E-Mail: WKB-hahnemann@t-online.de

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt
Erich-Correns-Ring 37 - 07407 Rudolstadt

V.i.S.d.P: Lutz Eckelt

Redaktionsschluss: 29.03.2009